

---

**124/PET XXIV. GP**

---

Eingebracht am 30.09.2011

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Petition

Abg z Nationalrat  
DI Dr Wolfgang PIRKLHUBER



### Parlament

**Der Grüne Klub im Parlament**  
A-1017 Wien

**Telefon** (01) 401 10 - 6698  
**Telefax** (01) 401 10 - 6793, 6883  
**Email:** [infopool@gruene.at](mailto:infopool@gruene.at)  
**Web:** <http://www.gruene.at>

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag<sup>a</sup> Barbara Prammer

Parlament  
1017 Wien

Wien, 30. September 2011

Betreff: Petition der Landeshauptstadt Klagenfurt bezüglich der gänzlichen oder teilweisen Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Pragmatisierung

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR überreiche ich die Petition der Landeshauptstadt Klagenfurt bezüglich der gänzlichen oder teilweisen Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Pragmatisierung mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen  
Wolfgang Pirkhuber

**DER GRÜNE KLUB IM PARLAMENT**  
A-1017 Wien, Telefon +43-1-40110-6672, Telefax +43-1-40110-6882, DVR 0543888;  
Email [wolfgang.pirkhuber@gruene.at](mailto:wolfgang.pirkhuber@gruene.at)

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)



# DER BÜRGERMEISTER DER LANDESHAUPTSTADT KLAGENFURT AM WÖRTHERSEE:

CHRISTIAN SCHEIDER

**An die Mitglieder  
des Nationalrates**

## **Resolution**

des Klagenfurter Stadtsenates vom 1. Juli 2011

In der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee wurde in den letzten Wochen eine lebhafte politische Diskussion rund um die in der Österreichischen Bundes-Verfassung gesetzlich vorgeschriebenen Pragmatisierung der im September 2010 angelobten Klagenfurter Magistratsdirektorin geführt. Bis auf Klagenfurt verfügen alle übrigen 14 Österreichischen Stuarstädte über pragmatisierte Magistratsdirektoren.

Die aktuelle Diskussion in Klagenfurt hat die in diesem Bereich auftretende Diskrepanz zwischen Einhaltung der Bundes-Verfassung einerseits und Organisation einer modernen, kostensparenden und effizienten Verwaltung andererseits, deutlich aufgezeigt. Auch die breite Öffentlichkeit sieht die Pragmatisierung bereits seit längerem als ungerecht und überholt an. Generell entspricht die Pragmatisierung nicht mehr den Anforderungen einer zeitgerechten, bürgerfreundlichen Verwaltung.

Es sollten daher rechtliche Rahmenbedingungen als Alternative zur gesetzlich vorgeschriebenen Pragmatisierung geschaffen werden, da diese meist mit einem Aufstieg im Gehaltsschema der jeweiligen Institution und einer damit verbundenen finanziellen Besserstellung zusammenhängen. Weiters ergeben sich Nachteile hinsichtlich der eingeschränkten Flexibilität in der Personalbewirtschaftung, dem eigenen Pensionsrecht und der Parallelität mehrerer gleichzeitig geltender Dienstrechte, die zu wesentlichen Administrationsbelastungen in den Personalverwaltungen führen.

# DER BÜRGERMEISTER DER LANDESHAUPTSTADT KLAGENFURT AM WÖRTHERSEE

CHRISTIAN SCHEIDER

Die gänzliche oder teilweise Abschaffung der Pragmatisierung war auch schon mehrmals Inhalt politischer Programme. Um einen Schutz der Beamtenschaft vor politischer Willkür und Einflussnahme sowie die Gesetzestreue der Verwaltung zu gewährleisten, muss eine für alle Gemeinden, Städte und den Bund geltende neue gesetzliche Regelung gefunden werden. Im Österreich-Konvent wurde zu dem Thema bereits ein Lösungsvorschlag erarbeitet, demnach ein ausdrücklicher Verfassungsauftrag bestehen soll:

*„Unparteilichkeit, Gesetzestreue und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sind zu sichern.“*

Zudem muss die Gewährleistung einer effizienten Personaladministration und die Sicherung einer unparteilichen, gesetzestreuen Verwaltung mit entsprechenden dienstrechtlichen Maßnahmen Berücksichtigung finden, ohne für eine übermäßige Beunruhigung öffentlich Bediensteter zu sorgen. In diesem Sinne regt die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee den Nationalrat als das zuständige Gremium an, eine entsprechende Gesetzesänderung hinsichtlich Pragmatisierung zu prüfen und umzusetzen.

Für die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee

Albert Gunzer  
Vizebürgermeister

Christian Scheider  
Bürgermeister

Dr. Maria-Luise Mathiaschitz  
Vizebürgermeisterin

Jürgen Pfeiler  
Stadtrat

Wolfgang Germ  
Stadtrat

Mag-. Andrea Wulz  
Stadträtin

Dr. Christine Jeremias  
Stadträtin